

## **Resolution des Landesverbands Sachsen von Mehr Demokratie e.V.: „Versprechen halten, Volkseinwand einführen!“**

Wir, die Mitglieder des Landesverbands Sachsen von Mehr Demokratie e.V., fordern von der Landesregierung die im Koalitionsvertrag festgehaltene Einführung des Volkseinwands, auch bekannt als fakultatives Referendum auf Antrag des Volkes!

Im Juni 2019 hat Herr Ministerpräsident Kretschmer die Absicht erklärt, in Sachsen den Volkseinwand einzuführen. Mit diesem Instrument, das in der Schweiz auch als fakultatives Referendum bekannt ist, würde Sachsen Verfassungsgeschichte schreiben!

Dass die Bürgerinnen und Bürger Sachsens sich mehr direkte Demokratie wünschen, hat der jüngste Sachsen-Monitor eindrucksvoll bewiesen. 85 Prozent der Befragten haben sich schon einmal bei einem Bürgerbegehren oder Volksbegehren eingebracht oder würden dies gerne tun. Das sind die zweitbesten Werte für alle politischen Beteiligungsformen, noch vor Wahlen oder direkten Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern. Gleichzeitig zeigen die weiteren Ergebnisse, dass die Menschen im Freistaat ein Gespür dafür haben, wie wichtig ein klug gestaltetes Verfahren für die direkte Demokratie ist.

Die Einführung des fakultativen Referendums auf Antrag des Volkes wäre eine Reform, die den Bedürfnissen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger entspräche. Es gibt ihn in Deutschland bisher nur mit starken Einschränkungen in Bremen und Hamburg. Dabei ist das fakultative Referendum das älteste direktdemokratische Instrument, das unsere modernen Verfassungsstaaten kennen.

Mit dem fakultativen Referendum können Gesetze vor ihrem Inkrafttreten von den Bürgerinnen und Bürgern bestätigt oder zurückgeholt werden. Durch diese Korrekturmöglichkeit werden politische Vorhaben bereits frühzeitig öffentlich diskutiert. Das fakultative Referendum stärkt damit die Verbindung und den Austausch zwischen Politik und Bevölkerung. Es eröffnet Debattenräume, in denen die Politik ihre Vorhaben überzeugend erklären und begründen muss. Damit wächst nachhaltig das Vertrauen der Menschen in die demokratischen Institutionen. Gleichzeitig erleben wir einen gesellschaftlichen Austausch, der das gegenseitige Zuhören und das Wahrnehmen anderer Positionen wieder stärkt. Das fakultative Referendum entfaltet auch eine befriedende Wirkung und verringert das Entstehen möglicher Konflikte.

Das alles würde durch ein Verfahren abgesichert, das z.B. Bürgerräte in die Abstimmungsvorbereitung integriert oder mit der Verpflichtung des Freistaats, allen Wahlberechtigten ein ausgewogenes Abstimmungsheft mit den Pro und Kontra-Argumenten zuzusenden.

Der Volkseinwand kann ein „Frustschutzmittel“ und eine neue Schule der Demokratie werden.

Die Landesregierung fordern wir auf, das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag nicht unter den Tisch fallen zu lassen! Sie soll einen Entwurf für eine Volkseinwand vorlegen oder noch besser: sich um die Einführung des Volkseinwands kümmern und den Freistaat Sachsen zu einem Vorreiter für die Modernisierung unserer Demokratie machen.

Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland sind bereit und fähig für mehr Demokratie – und sie wollen sich ernsthaft einmischen, sie wollen mehr Mitsprache.

Mehr Demokratie Sachsen fordert die Landesregierung auf: Halten Sie Ihr Versprechen und sorgen Sie ernsthaft dafür, dass der Volkseinwand eingeführt wird!

Für den Landesverband Sachsen von Mehr Demokratie e.V.